

Ulrike und Werner Schramm
Beethovenstr. 8
91315 Höchstadt/Aisch
T 1603402083
Email: werner51@t-online.de

Höchstadt, den 14.2.2017

OFFENER BRIEF

Frage engagierter Demokraten:

Geht die Akademie in Tutzing auf einen totalitären Diffamierungskurs gegenüber Andersdenkenden?

Wir wenden uns gegen die demagogische Phrase vom „Rechtspopulismus“ genauso wie gegen eine uns gängelnde und bevormundende „Parteiendemokratie“ – wir brauchen keine Gouvernanten, die uns obrigkeitsstaatlich vorschreiben, wie wir Bürger die Dinge zu sehen haben.

Zum Interviewbeitrag mit Frau Prof. Münch auf Bayern 5 am 14.01.2017 zwischen 7.20 und 7.30 Uhr

In Deutschland gibt es in Starnberg die Akademie Tutzing unter Leitung von Frau Münch, die behauptet, eine „überparteiliche und unabhängige Institution“ zu sein. Im „Interview der Woche mit Prof. Ursula Münch“ in BR 5 vom 14.01.17 polarisiert die Leiterin u.a. so:

„Eins wäre fatal, wenn sich die einen, die Protestwähler, mobilisieren lassen durch rechtspopulistische oder wie auch immer populistische oder extreme Parteien und wenn die anderen die sich auf dem demokratischen Boden gut verankert fühlen, wenn die sagen, aber ich geh nur wählen, wenn ich die Partei finde, der ich wirklich 100%ig zustimme, also es geht darum, festzustellen, daß es nicht genügt, festzustellen, interessiert zu sein, sondern daß man auch selber sagen muß, diese Mobilisierung der Demokratie und die Verteidigung einer freiheitlichen Republik hängt von jedem ab.“

Hier wird uns Bürgern mit einem Dreh die Selbstbestimmung abgesprochen, wenn wir uns anscheinend nicht in den der „Parteiendemokratie“, sprich den transatlantisch formatierten Eliten, genehmen Bahnen verhalten. Angela Merkel sprach folgende Worte:

„Denn wir haben wahrlich keinen Rechtsanspruch auf Demokratie und soziale Marktwirtschaft auf alle Ewigkeit“¹ (16.09.2005, 60 Jahre Bestehen der CDU).

Wer dem Neoliberalismus nicht nur in Deutschland mit der zunehmenden Verarmung immer breiterer Bevölkerungsschichten (wie in den USA) und steigender Kriegshetze vor allem gegen Rußland (weitere 2000 US-amerikanische Panzer an der Ostfront) entgegensteuern will, läuft leicht Gefahr zum Feind des „westlichen Lebensstils“ erklärt zu werden.

Willy Wimmer², Staatssekretär im Verteidigungsministerium a.D. und ehemaliger Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, faßt es so:

„Da Meinungsvielfalt bei uns seit dem Jugoslawien-Krieg bei den Zwangsmedien und den großen Zeitungen abgeschafft ist, kommt der im Volk vorhandene Pluralismus nicht mehr vor. Es wird von oben dekretiert, was die Bürgerinnen und Bürger zu denken haben. Diese werden dann notfalls als Pack oder Nazis beschimpft, wenn sie den neuen deutschen Regierungstotalitarismus nicht mitmachen.“

Die Entmenslichung und Dämonisierung von politischen Gegnern bzw. „Feinden“ hat eine lange Tradition. In Konflikten wird der politische Gegner lächerlich gemacht, in Kriegen wird der Gegner entstellt. Das dient dem, was als sog. *Zusammenhalt des eigenen Lagers* gilt. Vor allem die Mainstream-Medien besorgen diese Schmutzarbeit mit Klitterungen, Unterstellungen, Falschzitaten sowie Interpretationen statt Fakten, weshalb zunehmend Bürger statt der (US-?)Propaganda-

¹ https://youtu.be/f5PMX_FzRzw; "Politik ohne Angst, Politik mit Mut - das ist heute erneut gefragt. Dann wir haben wahrlich keinen Rechtsanspruch auf Demokratie und soziale Marktwirtschaft auf alle Ewigkeit. Unsere Werte müssen sich im Zeitalter von Globalisierung und Wissensgesellschaft behaupten. Und wenn sie sich behaupten sollen, dann müssen wir bereit sein, die Weichen richtig zu stellen. Auch da sind wieder Widerstände zu überwinden."

² Willy Wimmer: »Die NATO hat derzeit einen klaren Kampfauftrag«

Sendung Tagesschau auf alternative Medien zugreifen, ihr eigenes Medienmanagement aufstellen.³ Die Anwendung diffamierender Etikettierungen wie „rechtspopulistisch“, „europafeindlich“ (wer kein zentralistisch gesteuertes Europa im Gleichschritt möchte), „Putinverstehler“ (wer gutnachbarschaftliche, friedliche Beziehungen zu Rußland möchte) etc. erinnert an die Stasi-Richtlinie 1/76, deren „bewährte anzuwendende Formen der Zersetzung“ diese Richtlinie 1/76 unter anderem nennt: „systematische Diskreditierung des öffentlichen Rufes, des Ansehens und des Prestiges auf der Grundlage miteinander verbundener wahrer, überprüfbarer und diskreditierender, sowie unwahrer, glaubhafter, nicht widerlegbarer und damit ebenfalls diskreditierender Angaben ...“⁴

In einem Interview⁵ bringt es Willy Wimmer auf den Punkt, worum es für uns Bürger wirklich geht: „Der Westen steht für Mord und Totschlag und Chaos in der ganzen Gegend zwischen Kabul und Mali – alles von uns plattgemacht. ... Das ist der Punkt, auf den es ankommt. ... Und wofür steht die Russische Föderation? Für's Völkerrecht, für die Familienwerte und für die Stärkung des Glaubens. ... **Die seit dem Putsch in der Ukraine festzustellende Nazi-Entwicklung in Europa. Die NATO ist ja in der Ukraine hingegangen und hat auf einmal den guten Nazi entdeckt, der sich an der russischen Grenze breitmachen konnte.**“ Mitglieder der Nazi-Regierung wie Jazenjuk („Russen sind Untermenschen“) wurden in Berlin empfangen und mit Millionen Euro alimentiert. Teil der neuen Putsch-Regierung in Kiew war die Partei Swoboda. Deren Vorsitzender **Oleh Tjahnybok** (rechtes Bild) rief laut Gregor Gysi die Ukrainer auf: „Schnappt Euch die Gewehre, bekämpft die Russensäue, die Deutschen, die Judenschweine und andere Unarten!“ Gysi: „Und mit solch einer Regierung arbeiten Sie zusammen, Frau Merkel?“⁶ Er zitierte damit die Sprache des Faschismus, und diese Partei ist Koalitionspartner der Putschregierung in Kiew, die die NATO anerkannt hat – eine Schande! Oder nehmen wir **Julia Timoschenko**, die damalige Präsidentschaftskandidatin. Sie sagte offensichtlich in einem Telefongespräch am 18. März: „Ich selber bin bereit ein Maschinengewehr in die Hand zu nehmen und diesem Drecksack [Putin] in den Kopf zu schießen.(...) **Wir sollten Waffen nehmen und die verdammten [Russen] töten, zusammen mit ihren Anführern.(...) ich werde alle meine Verbindungen nutzen, um Russland in verbrannte Erde zu verwandeln.**“⁷ Es ist auch nachvollziehbar, daß bereits vor längerer Zeit „der Rabbiner einer jüdischen Gemeinde in Kiew fürchtet[e], dass die rechtsgerichtete Opposition nach dem Umsturz in der Ukraine Jagd auf die Juden machen könnte. Es habe bereits zahlreiche Drohungen gegeben. Rabbiner Moshe Reuven Azman hat die Mitglieder der jüdischen Gemeinde von Kiew aufgefordert, die Stadt zu verlassen.“⁸ (Hervorhebungen von uns)



Wenn zudem beispielsweise Willy Wimmer in einem *Offenen Brief an die Staats- und*



Regierungschefs der EU zur Sitzung vom 6. März 2014 deutlich machte „[...] Für die Bundesregierung in Berlin ist es nicht akzeptabel, dass vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ein Verbot der NPD durchgesetzt werden soll, während man gleichzeitig in Kiew mit denen unter einer Decke steckt, die engste Kontakte zur NPD pflegen.“ so wirft das Fragen auf. Oder sollten das allen Ernstes die neuen „Freunde“ der Politik sein? Wir Bürger wollen das alles nicht. Auch dieses nicht: Steinmeier mit Faschist Tjagnibok und Jazenjuk in der BRD-

³ <https://youtu.be/qdDxSdxh16w> KenFM im Gespräch mit: Volker Bräutigam und Friedhelm Klinkhammer
Volker Bräutigam war von 1975 bis 1985 Redakteur in der Tagesschau-Zentrale Hamburg und auch danach noch, bis 1995, beim öffentlich-rechtlichen NDR (in der Hauptabteilung Kultur) als Journalist tätig. Friedhelm Klinkhammer war langjähriger Gesamtpersonalvorsitzender des NDR; Vgl. Programmbeschwerde gegen ARD-Tagesschau: Desinformation zur Lage in Aleppo <https://deutsch.rt.com/inland/40057-programmbeschwerde-gegen-ard-tagesschau-desinformation/>

⁴ Dokumentation der Stasi Zersetzungsrichtlinie, <https://benjaminarendtinstitut.org/2010/07/25/44/>

⁵ KenFM am Telefon: Willy Wimmer - From Moskau With Love! <https://www.youtube.com/watch?v=s9eGTzn3ccY>

⁶ <http://quer-denken.tv/334-russensaeue-deutsche-und-judenschweine-erschossen/>

⁷ Vgl. aus der Rede von Jürgen Elsässer, COMPACT-Chefredakteur, Montagsdemonstration am 21. April 2014 in Berlin, Potsdamer Platz, <https://juergenelsaesser.wordpress.com/2014/04/22/elsaesser-auf-der-montagsdemo-nicht-links-gegen-rechts-sondern-unten-gegen-oben/>

⁸ Rabbiner fordert Juden zu Flucht aus Kiew auf, 22.02.14,

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/02/22/rabbiner-fordert-juden-zu-flucht-aus-kiew-auf/>

Botschaft in Kiew 21. Februar 2014.

Also: Was ist rechts, was ist links?

Zu den Grundrechten „einer freiheitlichen Republik“ gehört das Recht auf Meinungsfreiheit in Artikel 5 Grundgesetz. Das deutsche Bundesverfassungsgericht hat in mehr als sechzigjähriger Rechtsprechung immer wieder zu diesem Grundrecht geurteilt und dessen Gehalt definiert, wegweisend 1958 im sogenannten Lüth-Urteil. Dort heisst es: „Das Grundrecht auf freie Meinungsäusserung ist als unmittelbarster Ausdruck der menschlichen Persönlichkeit in der Gesellschaft eines der vornehmsten Menschenrechte überhaupt [...]. Für eine freiheitlich-demokratische Staatsordnung ist es schlechthin konstituierend, denn es ermöglicht erst die ständige geistige Auseinandersetzung, den Kampf der Meinungen, der ihr Lebelement ist [...]. Es ist in gewissem Sinn die Grundlage jeder Freiheit überhaupt [...].“⁹ Wir Bürger können sehr wohl erkennen, wenn etwa die politische Entscheidungsgewalt von gewählten Instanzen unseres Nationalstaates auf nicht gewählte Kommissare der EU übertragen wird. Und wir, der Souverän, fordern zunehmend unser Land aus den Händen derer zurück, die es mitsamt der Demokratie zerstören.

„Wenn man diese Formulierung betrachtet, dann wird deutlich, dass zur Meinungsfreiheit die Meinungsvielfalt gehört und dass erst diese Vielfalt überhaupt ermöglicht, was das Gericht als ‚ständige geistige Auseinandersetzung‘ bezeichnet.“¹⁰

Welche Vielfalt soll nun durch die Diffamierungskampagnen der Mainstreampresse, durch abwertende Unterstellungen auch seitens von Kirchenvertretern unterdrückt werden?

- Wer beispielsweise als freier Bürger für ein besseres Verhältnis zu Rußland sowie eine Stärkung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) eintritt,
- wer entsprechend dem Völkerrecht vertritt, daß es verboten ist, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen – wozu auch insbesondere Regierungswechsel gehören,
- wer sich gegen die Führung illegaler Kriege ohne UN-Mandat ausspricht: Das „Recht“ dazu nehmen sich sowohl die US-Regierung als auch die Bundesregierung heraus,
- wer keine europäische Armee, sondern die deutsche Souveränität (s. GG) beibehalten möchte,
- wer wieder die Wehrpflicht einsetzen und dabei die Bundeswehr stärken, also keine Söldnerarmee für US-NATOKriege möchte,
- wer NEIN zu TTIP, CETA, und TISA sagt und damit jegliche Übertragung von Souveränitäts- und Hoheitsrechten in Freihandelsabkommen und Sondergerichten ablehnt,
- wer eine Volkabstimmung über den Euro fordert, Nein zur Bankenunion sagt, sowie keine deutsche Haftung für ausländische Banken oder keine Privatisierung gegen den Willen der Bürger möchte,

könnte von Angehörigen des herrschenden Machtkartells (zu denen offensichtlich auch Frau Prof. Münch gehört), gewissermaßen als „Rechtspopulist“ ausgegrenzt und damit offensichtlich für „vogelfrei“ erklärt werden. Und er könnte damit rechnen, daß sein Auto oder anderes Eigentum abgefuckt oder gar sein Leben bedroht wird.

Merke: Als „Demokrat“ gilt dem Establishment nur, wer „ihm genehme Wahlergebnisse für legitim hält und Andersdenkende zum Schweigen bringt, um mißliebige Resultate von vorneherein zu verhindern.“¹¹

Wer also von Deutschland als einer „Parteiendemokratie“ spricht, gibt zu, daß die politische Entscheidungsgewalt von einer elitären Minderheit dirigiert wird. Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland legt hingegen in Art 20,2 fest: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“ Und Art. 21,1 faßt es so: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ Ein erneuter, totalitärer Parteienstaat sollte damit ausgeschlossen werden. Tatsächlich wurden mit einer „alternativlosen“ Politik, die wir seit der Kanzlerschaft von Angela Merkel erdulden müssen, die Rechte von uns

⁹ Vgl. <http://www.zeit-fragen.ch/de/ausgaben/2017/nr-1-3-januar-2017/2017-zum-jahr-der-meinungsfreiheit-machen.html>

¹⁰ <http://www.zeit-fragen.ch/de/ausgaben/2017/nr-1-3-januar-2017/2017-zum-jahr-der-meinungsfreiheit-machen.html>

¹¹ Kleine-Hartlages BRD-Sprech_Demokratie, in compact 01/2017, S. 65

Bürgern immer mehr eingeschränkt. Der Widerstand hier im Land hat trotz der Hetzkampagnen gegen Andersdenkende zugenommen und das ist auch gut so.

Willy Wimmer formuliert es drastisch: Diese Bundesregierung ist eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Denn: Merkel führte vor gut einem Jahr „Regierung durch Rechtsbruch“ ein: „Die Öffnung der Grenzen zugunsten von inzwischen Millionen Menschen, die auf diesen Zugang nach Deutschland in der Regel kein Recht hatten und haben. Die Folgen sind innerstaatlich riesig und äußern sich nicht nur darin, daß Milliarden Euro, die außerhalb unserer Grenzen als Hilfe eine ungeheure Wirkung haben würden, regelrecht verschleudert werden. Die Armen, die es in Deutschland in zu großer Zahl gibt, müssen feststellen, daß die staatliche Fürsorge nicht ihnen sondern denen gilt, die sich um nichts geschert haben, auch nicht um deutsche Gesetze. Wie auch die Bundeskanzlerin nicht, was die Dinge nicht leichter macht. Sie hat sich außer Stande gesehen, unsere Grenzen zu schützen und damit die Grundvoraussetzungen für die freie Gesellschaft. Jetzt müssen wir erleben, daß Zensur als Kitt für unseren Staat erhalten muß und die Gewehre, mit denen man unsere Grenzen nicht schützen wollte, an den Bahnhöfen, Flughäfen, Einkaufszentren und Plätzen im Landes selbst auf uns gerichtet werden. Die übliche Mechanik wirkt auch und wir werden alle erleben, daß jetzt großkoalitionäre alles das an Militarisation unseres Gemeinwesens umgesetzt wird, wogegen sich eine freiheitliche Gesellschaft bislang erfolgreich gewehrt hatte.“¹²

Wir Bürger hingegen stehen weiterhin für Pluralität, die eine Basis der freiheitlichen Demokratie ist. In Deutschland ist es allerdings zunehmend eng und stickig geworden, wie zu beobachten ist. Die Erzwingung „politischer Korrektheit“, eine „gelenkte Demokratie“, ist an die Stelle des mit Würde und Mündigkeit versehenen freiheitlichen Bürgers unserer Verfassung getreten. Es muß stets um die Auseinandersetzung in der Sache gehen. Von daher haben Etikettierungen wie links und rechts in unseren Debatten keinen Platz.

Warum werden nicht die Wahlprogramme inhaltlich nebeneinandergestellt und es uns Bürgern frei gestellt, was wir z.B zu den Kriegseinsätzen der US-NATO entscheiden wollen: Mehrheitlich NEIN! Zum Euro? Mehrheitlich NEIN! Zu TTIP? Mehrheitlich NEIN! Zu mehr direkter Demokratie: JA! Zu all diesen Themen – und vielen anderen – gibt es eindeutige parteipolitische Stellungnahmen. Warum sollen sie in der Bevölkerung nicht kontrovers diskutiert werden, warum wollen die Parteioligarchen das offensichtlich durch Polarisierungen versuchen zu verhindern? Es gelingt ihnen allerdings immer weniger. Die Bürger wachen langsam auf.

Da uns „Eliten“ beschimpfen, wenn „falsch“ gewählt wird, also nicht bestätigt wird, was „alternativlos“ von diesen vordiktiert wird, sollten wir also eher von „repräsentativer Oligarchie“ (Prof. Köchler)¹³ sprechen. Ach ja, das zeigt sich auch daran: Die gegen unseren Willen vollzogene Privatisierungspolitik, also die Enteignung von mit unseren Steuergeldern oder denen unserer Vorfahren aufgebauten oder mitfinanzierten Gemeinschaftsgütern der Daseinsvorsorge (Post, Bahn, Krankenhäuser etc.) oder Sozialwohnungen. Zu nennen wären auch noch rechtswidrige Schuldenübernahmen anderer Länder der EU, die „Bankenrettung“ ESM. Etc. Etc. – „Demokratische Bodenverankerung“ suchen wir bei den sich selbst offensichtlich so beweihräuchernden und Konzerninteressen dienenden „Volksparteien“ vergeblich. Statt „Mobilisierung der Demokratie“ müßte es für uns nicht eher heißen: Wie erobern wir Bürger uns die Demokratie zurück? Statt seitens von Medien und Establishment mit ideologisierten Unterstellungen und Etikettierungen zu arbeiten: Ran an die Sachtexte, nur Mut.

Was uns tatsächlich auf den Nägeln brennt, sind die erneuten US-Kriegsvorbereitungen gegen Rußland. Mit Kriegslügen¹⁴ wie einem angeblichen „Hufeisenplan“ (Scharping, SPD) während des Nato-Krieges gegen Jugoslawien; den Lügen des US-Außenministers Colin Powell am 5. Februar 2003 im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen über vermeintliche irakische Massenvernichtungswaffen wurde der Krieg nach Europa zurückgebracht. Nach unserem Credo „Nie wieder Krieg“ ging unter einer rot-grünen Regierung wieder Krieg von deutschen Boden aus (brutaler Überfall auf Jugoslawien 1999) bzw. unterstützte diese Bundesregierung auch den das

¹² Willy Wimmer, Wir leben im Krieg, <http://www.world-economy.eu/pro-contra/details/article/wir-leben-im-krieg/>

¹³ Prof. Hans Köchler, Selbstbestimmtes Handeln als Grundlage von Recht und Frieden, <http://www.zeit-fragen.ch/de/numbers/2017/no-1-14-january-2017/self-determined-agency-as-foundation-of-justice-and-peace.html>

¹⁴ Vgl. Dr. Daniele Ganser, Illegale Kriege: Wie die NATO-Länder die UNO sabotieren. Eine Chronik von Kuba bis Syrien, Oktober 2016; Wolfgang Hofbauer, Feindbild Russland: Geschichte einer Dämonisierung, Februar 2016; Willy Wimmer, Die Akte Mokau, Juni 2016

Land mit Uranwaffen verseuchenden und verwüstenden Irakkrieg. Wir finden Verfassungs- und Völkerrechtsbruch durch deutsche Regierungen mit der Unterstützung bzw. Propagierung US-geführter, illegaler Kriege bis anhin – was also ist noch rechts, was links?

Die Maßstäbe des Völkerrechts, der Menschenrechte sowie unserer freiheitlich-demokratischen Verfassung mit Glaubens- und Meinungsfreiheit gelten weiterhin. Eine Zensur findet nicht statt. Das Modewort „Populist“, dass nirgendwo solide definiert ist, hat Konjunktur und könnte aus George Orwells Roman „1984“ stammen. Sog. „Gedankenverbrechen“, falsche Gedanken im Sinne einer Abkehr vom „Mainstream“ des „Establishments“, sind schon vor ihrer Entstehung zu verhindern. Es ist ein schwammiges, abwertend polarisierendes Wort, das keine inhaltliche Auseinandersetzung zulässt. Devide et impera – spalte und herrsche. Wie man die Menschen eben gegeneinander aufbringt, um sie besser lenken zu können. Die Brandmarkung „Populismus“ entspricht einer Ausgrenzung unerwünschter Auffassungen und widerspricht einer notwendigen, sachbezogenen pluralen Debattenkultur auf dem Boden unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Es wäre wünschenswert, die verschiedenen Aspekte einer Sache in inhaltlicher Auseinandersetzung abwägen zu können, statt mit Wortschubladen zu hantieren. Das sind wir unserem Intellekt doch wohl schuldig.

Um es deutlich zu sagen: Die Brandmarkung „Populismus“ entspricht unserer Auffassung der totalitären Sicht eines Extremismus, der statt pluraler Debattenkultur einem Politbüro vergleichbar von oben nach unten durchregiert.

Misstrauisch macht einen dieser Wortgebrauch allerdings beim Blick auf die tatsächliche Situation. Denn es sind ja nicht die heutigen „Populisten“, die zum Krieg aufrufen und die Kriege vorbereiten und führen. Es ist das „Establishment“ – und leider muss man hinzufügen, dass dieses „Establishment“, vor allem das der „westlichen Wertegemeinschaft“, den Planeten Erde auch in anderer Hinsicht in eine katastrophale Sackgasse geführt hat: politisch, wirtschaftlich, sozial und kulturell.

Politikberater George Friedman (STRATFOR) hat uns 2015 in Chicago in widerlicher Offenheit enthüllt, worum es bei den aktuellen (Atom)Kriegsvorbereitungen gegen die Russische Föderation – und in der Folge gegen China - wirklich geht:

„Das Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland ... Seit einem Jahrhundert ist es für die Vereinigten Staaten das Hauptziel, die einzigartige Kombination zwischen deutschem Kapital, deutscher Technologie und russischen Rohstoff-Ressourcen, russischer Arbeitskraft zu verhindern. ... Denn vereint wären diese beiden die einzige Macht, die uns bedrohen könnte – und daher [gilt es] sicherzustellen, daß das nicht passiert.“

Sollen dazu wieder einmal Völker, Bürger mit am Ende weiteren Millionen Opfern aufeinander gehetzt – um sie besser „regierbar“ zu machen? Und gegen jeden, der nicht bereit ist zu folgen, gehen wir – die „Eliten“ - mit unseren Machtmitteln vor? Nun gehört es allerdings zu den Fakten der heutigen Welt, dass es viele Staaten und Völker in der Welt gibt, die nicht mehr bereit sind, nach der Pfeife fremder westlicher Mächte zu tanzen. Die Welt ist multipolar. Gemeinsam aufstehen gegen den heraufziehenden Krieg (auch in kultureller Hinsicht) mit seinen erneuten Kriegslügen und Waffengeschäften ist das Gebot der Stunde.

Was unsere tatsächlichen Themen sind: **„Ich kann jeden nur warnen, an Krieg in Europa einen Gedanken zu verschwenden, wie dies vor einigen Monaten der amerikanische Oberbefehlshaber General Breedlove vor dem US-Kongress gemacht hat. Krieg in Europa ist unser endgültiges Ende, da mag Herr Gauck reden, wie er will. In den Jahren nach 1990 und der deutschen Wiedervereinigung ist zunächst im amerikanischen Interesse die Europäische Gemeinschaft beiseitegeschoben worden. Dann wurde aus der NATO als Verteidigungsbündnis eine globale Aggressionsformation. Die Charta der Vereinten Nationen wurde beiseitegelegt und Krieg auf dem Globus eine Frage der Selbstermächtigung durch die USA und ihre europäischen Hintersassen.“¹⁵**

Eine sich immer totalitärer gebärdende EU hat sich weit entfernt vom „gemeinsamen Haus“ Europa. Angefangen von einem unsinnigen Sommer-Winterzeitdiktat über die Aufoktroierung der lebensgefährlichen „Energiesparlampen“ bis hin zu Geheimverhandlungen wie TTIP/TISA etwa

¹⁵ Willy Wimmer: „Die NATO hat derzeit einen klaren Kampfauftrag“, <https://www.seniora.org/de/917>

haben mit demokratischen Abläufen nichts mehr zu tun. Weniger bekannt ist auch, daß das Abkommen offensichtlich zu einer Vertiefung der transatlantischen Rüstungskoooperation führen soll und damit einen gefährlichen europäischen Rüstungsschub bewirken könnte. Eine weitere Militarisierung im Westen untergräbt die kooperativen Bemühungen für Sicherheit in Europa. „Wachstum durch Rüstung“ – neben der politisch sowie massenmedial verbreiteten Hetze und den rechtswidrigen Sanktionen gegen die Russische Föderation (auf Betreiben der USA) sind eine für uns alle mehr als problematische Tendenz der EU.

Es stimmt: Wir leben in einer „Parteiendemokratie“, Prof Schachtschneider charakterisiert richtigerweise unseren Zustand als „Parteienoligarchie“.

Es scheint nicht ins deutsche Bewußtsein zu dringen, daß unsere Politik der Beteiligung an illegalen Kriegen, die das US-geführte NATO-Aggressionsbündnis führt, Terrorismus ist und dies nun auf uns zurückschlägt. Politiker werden nicht müde, uns verkaufen zu wollen, daß der Terror „handhabbar“ sei, so, als sollten wir uns eben daran gewöhnen – das ist eine verantwortungslose, zynische Einstellung. Bundespolitiker lügen uns seit Jahren von einem Krieg in den nächsten. Seit dem Jugoslawienkrieg 1999 unter einer rot-grünen Regierung tragen wir Krieg in andere Teile der Welt, nehmen Menschen die Existenzgrundlage und das Leben, lösen riesige Flüchtlingsströme aus. Die meisten Mitbürger wollen keinen Krieg. Eine offene Auseinandersetzung mit der Bevölkerung will die Politik nicht haben und schwingt die Zensurkeule. Wie bereits erwähnt: Bürger werden dann notfalls als Pack oder Nazis beschimpft, wenn sie den „neuen deutschen Regierungstotalitarismus“ nicht mitmachen (Willy Wimmer).

Der Syrienkrieg ist ein Pipelinekrieg im Interesse Katars und Saudi-Arabiens, um mittels einer durch Syrien geplanten Pipeline Gas nach Europa zu liefern und Rußland dabei auszuschalten. Das hat Assad abgelehnt, weshalb islamistische Terroristen dazu instrumentalisiert wurden, mit westlicher Unterstützung nicht nur einen – verbotenen - Regierungswechsel vorzunehmen, sondern auch die noch aus Sowjetzeiten existierenden Stützpunkte zu beseitigen. Der Aufstieg des IS in der Folge des illegalen Irakkrieges und seine Förderung durch die USA (so Michael Flynn, ehem. DIA) war eine bewußte Entscheidung der Obama-Regierung.

Die Charta der Vereinten Nationen, das Völkerrecht, verbietet Regierungsumstürze ebenso wie Verletzungen der Souveränität der Nationalstaaten. Es gilt ebenso ein absolutes Verbot von Androhung oder Anwendung von Gewalt. Jedes Land darf seine Regierungsform gemäß diesem Prinzip selber bestimmen. Art. 26 des Grundgesetzes stellt Vorbereitung oder Durchführung eines Angriffskrieges unter Strafe. Bundesregierung und Medien täuschen uns seit Jahren über die Verbindungen zum IS-Terrorismus. „Der Friedensnobelpreisträger als Terror-Pate!“ (Todenhöfer). Die Präsidenten Hollande und Obama, aber auch die „treue Vassalin“ (Lafontaine) Merkel haben sich des schweren Verbrechens der Aggression schuldig gemacht und müßten vor den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag. Bundestagsabgeordnete, die diese Politik der Bundesregierung unterstützen, haben sich ebenfalls strafbar gemacht.

Warum macht die Merkel-Regierung in Syrien Luftaufklärung für Al-Qaida? Denn die gewonnenen Daten gelangen über Geheimdienstoffiziere in Katar und Saudi-Arabien nach unseren Informationen an die Dschihadisten. Die Millionen Menschenopfer unserer „Wertegemeinschaft“ im Vietnam- und im Kosovokrieg, im Irak, in Libyen, in Syrien – die Blutspur nicht nur der USA wird immer breiter. Zunehmend mehr Bürger erkennen: **„Wie tief sind wir gesunken, dass Politiker wie Barack Obama, Hillary Clinton oder Angela Merkel mit breiten medialen Lobhudeleien bedacht werden? Obwohl sie so viel Blut an ihren Händen kleben haben ... und der Frieden auf der Strecke bleiben kann.“**¹⁶ Wie ist es möglich, dass Menschen mit einer derart - von uns - als verbrecherisch angesehenen Gesinnung und mit so viel Blut an den Händen weiter vor die Kameras treten können und sich dazu aufschwingen, nach wie vor von „Werten“ zu sprechen? Uns dreht sich jeweils der Magen um. 6000 Drohnenmorde hat Obama von Ramstein, von deutschem Boden aus, starten lassen! (Hervorhebungen von uns)

Ob mit der Populismuskeule losgeschlagen wird oder Kampagnen wie die gegen Donald Trump losgetreten werden: „Sie haben eine sozialpsychologische Seite. Sie sind eine Form des Terrorismus und sollen Angst und Schrecken erzeugen: nur nicht in die Schusslinie kommen. Was geschieht mit mir, wenn offenbar wird, dass ich eigentlich auch finde, dass es hier nicht mehr um die Sache geht,

¹⁶ Karl-Jürgen Müller, Plumpe Kriegshandwerker gegen Putin und Trump, <https://www.seniора.org/de/1004>

sondern um eine Kampagne mit politischen Zielen? Wie reagieren meine Freunde und Kollegen? Stehe auch ich bald am Pranger?“¹⁷

Wann kommen wir endlich aus den Sesseln und rufen laut: Nicht in unserem Namen! Es muß wieder Frieden und Völkerrecht gelten, so wie Rußland es vormacht. Mit freundlichen Grüßen
Ulrike und Werner Schramm

¹⁷ Karl Müller, Feindbild Trump, <https://www.seniora.org/de/1016>